



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll

### 189. Ratssitzung vom 19. März 2022

#### 5116. 2021/91

#### **Motion von Christine Seidler (SP) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 10.03.2021: Realisierung eines befristeten Real- respektive Stadtlabors (Laborquartiers)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

**Dr. Balz Bürgisser (Grüne)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3680/2021): Die Schweiz mit 10 Millionen Einwohnenden wird mit hoher Wahrscheinlichkeit im Jahr 2035 zur Realität. Die Schweiz muss also Raum für 1,3 Millionen Personen schaffen. Entsprechend dem Trend der Urbanisierung wird dieser Raum vorwiegend in den Städten und deren Agglomerationen entstehen. Auch Zürich wächst. Voraussichtlich sind es 80 000 Menschen bis zum Jahr 2040. Die Verdichtung wird zur Tatsache und niemand weiss genau, wie das geht. Das letzte Mal setzten wir uns im Mittelalter wegen der Stadtmauer mit der Verdichtung intensiv auseinander. Was hat das Wachstum zur Folge? Der Wettbewerb um Raum und Lebensqualität spitzt sich zu. Wenn so viele Menschen zusätzlich in der Stadt aufgenommen werden, ergeben sich daraus neben den Herausforderungen der baulichen Verdichtung neuartige, siedlungspolitische Herausforderungen. Damit gehen gesellschaftliche, räumliche und ökologische Zielkonflikte einher. Die Entwicklung wird von gesellschaftlichen Veränderungen begleitet. Die Lebensstile werden sich je länger desto mehr an urbanen Wertvorstellungen orientieren. Die Individualisierung wird zunehmen. Die Stadtstruktur wird einem immer breiteren Spektrum von Bedürfnissen Rechnung tragen müssen. Die Nachfrage nach Raumstruktur wird sich mit dem Wertewandel verändern. Verfügbare Räume mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten werden vermehrt nachgefragt. Um all den Herausforderungen zu begegnen, muss die Planung Bestandteil der Entwicklung werden. Der Paradigmenwechsel kann mit einem Reallabor oder Stadtlabor erprobt werden. Im Kerngeschäft der Stadtplanung besteht heute keine Möglichkeit, einen Planungsprozess auszutesten oder eine Umsetzung zu erproben. Fehlplanungen haben enorme Konsequenzen für Mensch und Umwelt. Es gibt Pilotprojekte, die Leuchttürme sind und bei Neubauprojekten als Referenz dienen. Ein kleines Beispiel ist das Wohn- und Gewerbehaus Kalkbreite mit zahlreichen Wohnungen und einer Vielfalt an Gewerbebetrieben. Es braucht solche Pionierlösungen, um Verdichtung zu erproben. So können Fehlplanungen vermieden und Lösungen erkannt werden, die als Mehrwert in neue Planungsprozesse einfließen. Unsere Raumplanungsgesetze und Bauordnungen stossen bei der Herausforderung der sich verdichtenden Stadt an die Grenzen. Es braucht mehr Anpassungen. Wir sollten nicht abwarten, sondern den Spielraum ausreizen, der von den bestehenden Gesetzen und Vorschriften geboten wird. Das wollen wir mit unserer Motion. Wir fordern den Stadtrat zur Realisierung eines Reallabors als Instrument auf, um herauszufinden,



wie Verdichtung sozial und umweltverträglich erfolgen kann und wie die zukunftssträchtigen Formen des Zusammenlebens aussehen. Zürich spielt mindestens in der Schweiz häufig eine Pionierrolle. Mit einem mutigen und unkonventionellen Reallabor schreiten wir weiterhin als Pionierin voran, auch wenn andere Städte wie Biel, Thun oder Burgdorf bereits vorangeschritten sind. Das Zürcher Pilotprojekt soll unter Einbezug aller Anspruchsgruppen geplant und realisiert werden. Das Stadtlabor soll während zehn Jahren bestehen und wissenschaftlich begleitet werden. Dem kommunalen Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen (SLÖBA) stimmte das Volk neulich mit klarer Mehrheit zu. Damit liegt ein planerischer Rahmen vor, wie sich die Stadt bis zum Jahr 2040 weiterentwickelt: qualitativ und sozial verträglich. Aspekte wie die räumliche Identität und Diversität sowie die Nutzungsvielfalt spielen dabei eine zentrale Rolle. Das geforderte Reallabor passt gut in den Rahmen und nimmt die Stossrichtung auf. Darauf verweist der Stadtrat in seiner Stellungnahme zur Motion. Wo kann das Stadtlabor realisiert werden? Wir sind zuversichtlich, dass unser kreativer Stadtrat dafür ein geeignetes Areal finden wird. Die Suche nach einem passenden Standort und die Realisierung des Stadtlabors brauchen Zeit. Diese wollen wir dem Stadtrat geben, um eine gute Lösung zu finden. Darum sind wir bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Der Vorstoss entspricht mit seiner aufgestellten Forderung dem Postulat GR Nr. 2018/60, dessen Bericht der Gemeinderat am 21. April 2021 behandelte. In der Motion ist nicht mehr wie damals die Forderung enthalten, dass das Labor mit optimalen Rahmenbedingungen anstatt im herkömmlichen Planungsrahmen arbeiten soll. Neu kann der herkömmliche Planungsrahmen für ein solches Reallabor ergänzt werden. Der Stadtrat wies im Bericht zum damaligen Postulat darauf hin, dass ein anderer als der rechtlich vorgegebene Rahmen nicht möglich ist. Das kantonale Planungs- und Baugesetz (PBG) legt Zuständigkeiten, Planungsgrundsätze und Planungsinstrumente abschliessend fest. Einen anderen Planungsrahmen, wie ihn die Motion als Experimentierfeld und «frei von limitierenden und von Einsprachen gegen Projekte geprägten Nachbarschaften» fordert, erlaubt das PBG nicht. Die Motion zielt auf Innenverdichtung ab und auf Fragen, die damit zusammenhängen. In seinem Bericht zum letzten Postulat hielt der Stadtrat bereits fest, dass ein Stadtlabor eine interessante Methode sein kann, um in einem definierten Raum unter engem Einbezug von Anspruchsgruppen und mit einer wissenschaftlichen Begleitung nach Lösungen für raumplanerische und gesellschaftliche Herausforderungen im Zusammenhang mit der Innenverdichtung zu suchen. Die Innenverdichtung ist das Kernthema des kommunalen Richtplans SLÖBA. Darum muss ein solches Reallabor nach Ansicht des Stadtrats zwingend in die Umsetzung des SLÖBA eingebettet sein – selbstverständlich im gesetzlichen Rahmen des PBG, das respektiert werden muss. Aufgrund der Festlegungen im kommunalen Richtplan SLÖBA ergeben sich verschiedene Handlungsfelder, die mit geeigneten Mitteln und mit zweckmässigen, organisatorischen Konstellationen angegangen werden können. Der Stadtrat ist in diesem Zusammenhang und im Kontext von diversen Vorstössen für die Umsetzung des kommunalen Richtplans SLÖBA bereit, das zu prüfen. Wir werden prüfen, für welche Aufgabenstellung und für welche Gebiete Reallabors allenfalls sinnvoll eingesetzt werden können. Dazu gehört auch die Frage nach der Ressource.



*Auch für das langfristig angelegte und aufwändige Format Stadtlabor wird es solche Ressourcen brauchen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Stefan Urech (SVP):** *Ich staunte, als ich las, dass wir das wieder behandeln. Ich bin als Präsident der Spezialkommission Präsidialdepartement, Schul- und Sportdepartement (SK PRD/SSD) erstaunt, da wir vor gefühlten fünf Minuten über den ziemlich genau gleichen Vorstoss im Rat und in der Kommission diskutierten. Der Motionär Dr. Balz Bürgisser (Grüne) ist Mitglied der SK PRD/SSD, weshalb ich erstaunt bin, dass kurz nach der Behandlung die praktisch gleiche Forderung wieder eingereicht wurde. Ich finde es interessant: Sie johlen, wenn Samuel Balsiger (SVP) Ihnen den Spiegel vorhält und erklärt, dass die Einwanderung in die Stadt uns vor viele Herausforderungen stellt. Viele der Fragestellungen haben mit dem ungebremsten Wachstum zu tun. Wenn Sie mit ihrem akademischen Deutsch schreiben, dass es «siedlungspolitische Herausforderungen sowie gesellschaftliche, räumliche, ökologische und ökonomische Zielkonflikte» gibt, dann ist es schön und gut. Ich glaube, dass es unsere Aufgabe ist, dass wir den Umgang mit Verdichtung und ihre soziale und Umweltverträglichkeit diskutieren und behandeln. Dabei habe ich das Gefühl, dass ich hier in einem Stadtlabor bin. Mein Gefühl sagt mir, dass Sie nicht wissen, wie man mit diesen Zielkonflikten umgehen sollte, die Sie unter anderem mit Ihrer nationalen Politik herbeigeführt haben. Sie wollen jetzt ein Labor erstellen, das Ihnen weiterhelfen und sie auf Ideen bringen kann, da Sie selbst keine Antworten auf diese Fragen haben. Ich finde es amüsant, dass Sie nicht wissen, wo das Stadtlabor entstehen soll. Das Einzige, was das Stadtlabor machen würde, ist die Verdichtungsproblematik und den Platzmangel zu verschärfen.*

**Yasmine Bourgeois (FDP):** *Gerade nochmals wird von den Linken ein städtischer Vergnügungspark für Erwachsene gefordert. Zu diesem Zweck soll das starre Regelkorsett, das von rot-grün übergestülpt wurde für auserwählte Bevölkerungskreise gelockert werden. Dass dazu Gelder fließen sollen, ist absehbar. Zu diesem Zweck soll es für ein paar Glückliche statt dem herkömmlichen Planungsrahmen neu optimale Rahmenbedingungen geben. Es sind Sonderregeln für wenige statt für alle. Der Vorstoss belegt in einer unbeabsichtigten Offenheit, was bürgerliche Parteien rund um die neuen Richtpläne immer kritisierten: Dass das von rot-grün verabschiedete Regelkorsett keine optimalen Rahmenbedingungen für unsere Stadtentwicklung bietet und dass die Rahmenbedingungen ein enges Korsett für eine vielfältige Stadtentwicklung bilden. Der logische Weg wäre gewesen, weniger einschnürende Vorgaben für die Stadtentwicklung zu realisieren. Dann würden die Stadtlabors entstehen, wo sie erwünscht sind. Verstehen sie mich nicht falsch; optimale Rahmenbedingungen für neue Formen der Verdichtung und des Zusammenlebens sind nicht falsch und wir fordern das schon lange. Das soll aber für alle gelten und nicht Sonderregeln für einzelne Bevölkerungsgruppen beinhalten. Die Motion begeht aber den umgekehrten Weg und spricht von Planung. Das ist Absicht: Plangesellschaft und Planwirtschaft statt ermöglichen und geschehen lassen. Der Staat soll sich künftig nicht nur auf die Planung der äusseren Merkmale eines Quartiers beschränken, wozu das Bauen oder der Verkehr gehören, sondern auch Wirtschaft und Gesellschaft planen. Wie es herauskommt, wenn der Staat an der Bevölkerung vorbei*



*Quartiere plant, sahen wir zu genüge im Ausland. Private werden solche Entwicklungen vermeiden, weil sie dabei ihr Geld aufs Spiel setzen. Sie sind darauf angewiesen, Dinge zu bauen, die von der Bevölkerung angenommen werden. Wer urbane Experimente zu Wohnformen betreiben will, kann dies in eigener Verantwortung und auf eigene Kosten tun und es soll innerhalb von den Regeln geschehen, die allen anderen auferlegt werden. Die Postulanten vergessen, dass Planungsprozesse zu einem grossen Teil durch den Kanton und Bund vorgegeben sind. Die FDP will keine teuren Wohlfühlprojekte auf Kosten der Allgemeinheit und keine Spezialgesetze für wenige. Sie will gleiche Chancen und mehr Freiheiten für alle. Darum lehnen wir das Postulat ab.*

**Sven Sobernheim (GLP):** *Bei diesem Vorstoss haben wir ein Aneinanderreihen von gut klingenden Wörtern, die mehr heisse Luft als Inhalt bedeuten. Wenn ich vom Votanten höre, dass wir Verdichtung probieren müssen und dafür zehn Jahre Zeit brauchen, dann muss ich sagen: Gehen wir miteinander zwei Minuten hinüber zum Gestaltungsplan Thurgauerstrasse, zweieinhalb Minuten ins Leutschenbach. Sagen Sie mir dann nochmals, dass wir Verdichtung probieren müssen. Die Stadt wird verdichtet, sie entwickelt sich, das ist gut so und es macht Spass, wenn man sich in diesem Bereich bewegt. Wenn ich aber höre, dass wir Verdichtung jetzt langsam probieren sollen, dann muss ich Sie fragen, ob Sie verpasst haben, was wir in den kommunalen Richtplan und in die Gestaltungspläne aufnahmen und welche Vorstösse wir überwiesen haben. Es heisst, die Bau- und Zonenordnung (BZO) stösst an ihre Grenzen. In der BZO gibt es viele Mittel, die eine Verdichtung verhindern, unter anderem der Mehrlängenzuschlag. Die Menschen, die den Vorstoss einreichten, wollten den Mehrlängenzuschlag bewahren, weil er angeblich Grünräume zwischen Strasse und Haus schafft. Für mich ist unverständlich, wie man bei einem solchen Vorstoss sagen kann, dass man umweltverträgliches Bauen probieren muss; gleichzeitig schafften wir in der Gemeindeordnung eine Stiftung, die einfach und ökologisch bauen soll. Scheinbar müssen wir das aber zuerst üben. Wenn wir das alles üben müssten, hätten wir ein Problem und würden wohl bald unter Zwangsverwaltung des Kantons gestellt werden. Es ist aktuell sehr viel los in der Stadt. Mit der Schaffung eines Stadtlabors, kann diese Entwicklung nicht gebremst oder andersartig gesteuert werden. Mit dem Stadtlabor machen Sie ein Areal zu einem abgeschlossenen Gebiet. Ich komme aus einem Quartier, das sich in Entwicklung befindet. Ich kenne kein Areal, wo ich das will, ausser es handelt sich um ein Industrie-Areal, das wir umnutzen. Ich habe einen Vorschlag: Die Stadt besitzt Parzellen im Glattpark; dort könnte das Stadtlabor entstehen. Wir sagen deshalb nein zu diesem Vorstoss.*

**Walter Angst (AL):** *Uns lässt dieser Vorstoss ebenfalls ratlos zurück und wir freuen uns, dass der Stadtrat partizipativ und bereit zu einer Entgegennahme als Postulat ist. Man müsste wieder eine Parzelle finden, auf der es Gestaltungsmöglichkeiten gibt. Das sind entweder städtische oder Umnutzungsparzellen oder es ist ein Genossenschaftsprojekt. Für ein Quartier gibt es aber keine Grundlagen, die entsprechenden Anpassungen zu machen, damit wir die ökologischen und sozialen Herausforderungen der Verdichtung angehen können. Wir sind uns einig, dass das Bauen in der Stadt anders werden muss. Dafür müssen wir Bauvorschriften ändern. Einige von uns sind sich einig, dass man sozialverträglicher werden kann. Dann müssen wir aber andere gesetzliche*



5 / 5

*Grundlagen anpassen, um intervenieren zu können. Es gibt Dritte im Rat, die die Grenzen schliessen wollen, damit wir nicht mehr verdichten müssen und die FDP sagt, dass der Markt spielen soll und dass es dann gut kommt. Es ist ein amüsanter Panoptikum an Voten. Der Ansatz aber, der von den Grünen und der SP vorgeschlagen wird, führt dazu, dass wir demnächst ein nächstes Zollhaus planen. Er hat aber keine Auswirkung auf die künftige Entwicklung der Stadt. Wir müssen an anderen Orten den Hebel ansetzen: in den Bauvorschriften und den Planungsvorschriften. Wir lehnen auch das Postulat ab.*

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Stefan Urech (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2022/101 (statt Motion GR Nr. 2021/91, Umwandlung) wird mit 59 gegen 54 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat